

A stylized world map composed of a grid of dots in various shades of gray, with several dots highlighted in red. The map is centered behind the title.

Mexiko: Eine »neue PRI« und eine Linke mit Reformbedarf

THOMAS MANZ
Oktober 2012

- Noch in der Wahlnacht betonte der gewählte Präsident Enrique Peña Nieto, es gäbe »kein Zurück in die Vergangenheit«, in die von Autoritarismus, Korruption und Klientelwirtschaft überschattete Herrschaft der Partei bis zum Jahr 2000. Stattdessen stellte er sich als Vertreter einer Generation von PolitikerInnen der *Partido Revolucionario Institucional* (PRI) dar, die in der Demokratie aufgewachsen ist und sich dieser verpflichtet fühle. Nicht mit einem scharfen ideologischen Profil, sondern mit »pragmatischem Realismus« will er regieren.
- Das Gewicht der alten PRI zeigt sich aber deutlich in der Debatte um die Arbeitsrechtsreform, in deren Verlauf sie alle Regelungen zu innergewerkschaftlicher Demokratie und Transparenz auf Druck korrupter korporativer Gewerkschaften blockiert. Diese verfügen noch immer über einflussreiche VertreterInnen in den PRI-Fraktionen von Senat und Abgeordnetenhaus.
- Während eine Parteireform für die PRI eine zwar erhoffte, aber noch ungewisse Option darstellt, ist sie für die Linke und insbesondere für die *Partido de la Revolución Democrática* (PRD), als größte und einflussreichste Partei im linken Spektrum, schlichtweg eine Notwendigkeit. Deren profilierteste Persönlichkeit, Marcelo Ebrard, will 2018 als Präsidentschaftskandidat eine Linkspartei anführen, die sich nicht als Protestpartei versteht, sondern regieren will und auch bereit ist, Kompromisse einzugehen.

Die Präsidentschafts- und Kongresswahlen am 1. Juli 2012 führten in Mexiko zur erwarteten Rückkehr der alten Quasi-Partei der Institutionellen Revolution (*Partido Revolucionario Institucional* – PRI) an die Macht. Nach 12 Jahren konservativer Regierungen der Partei der Nationalen Aktion (*Partido de Acción Nacional* – PAN), mit den Präsidenten Vicente Fox (2000–2006) und Felipe Calderón (2006–2012), hatte sich über die ausgebliebenen demokratischen Reformen und die enttäuschende Regierungsführung der PAN eine so große Ernüchterung breit gemacht, dass die Rückkehr des alten Dinosauriers PRI vielen MexikanerInnen als eine reale Option erschien, um die unerträgliche Unsicherheit und die Gewalteskalation im Drogenkrieg sowie die sozialen Folgen der schwachen wirtschaftlichen Dynamik zu überwinden. Noch realer wurde diese Option, nachdem die PRI mit dem noch jungen, aber schon politisch erfahrenen Enrique Peña Nieto einen Kandidaten präsentiert hatte, der für eine »neue PRI« zu stehen beansprucht: eine PRI, die mit ihrer autoritären Vergangenheit gebrochen habe und sich den modernen und demokratischen Zeiten anpassen wolle. Dagegen vermittelte der Kandidat der Linksalianz *Movimiento Progresista*, Andrés Manuel López Obrador, der 2006 dem konservativen Felipe Calderón nur knapp unterlegen war, das Bild einer »alten Linken« mit vertikalen politischen Strukturen, einem national-revolutionären Diskurs und dem sozialen Protest als bevorzugtem politischen Instrument.

Das Wahlergebnis war eindeutig, wenn auch nicht so sehr, wie es Medien und Umfrageergebnisse im Vorfeld prognostiziert hatten. Die angestrebte absolute Mehrheit blieb der PRI verwehrt: Ihr Kandidat Peña Nieto erlangte jedoch gut 38 Prozent der Stimmen und lag damit deutlich vor dem Linkskandidaten López Obrador mit 31,6 Prozent sowie der weit abgeschlagenen konservativen Kandidatin Josefina Vázquez Mota mit 25,4 Prozent. López Obradors Anfechtung des Wahlergebnisses aufgrund von Stimmenkauf, Überschreitung der gesetzlichen Obergrenze für Wahlkampffinanzierung und anderer Unregelmäßigkeiten erteilte das Wahlgericht eine Absage und erklärte Peña Nieto Ende August offiziell zum Wahlsieger – seinem Amtsantritt am 1. Dezember steht damit nichts mehr im Wege.

Neben dem neuen Präsidenten wird die PRI auch die stärkste Kraft in beiden Kammern des Kongresses stellen, dort aber über keine absolute Mehrheit verfügen. Auch die Parteien der Linksalianz konnten ihre parlamentarische

Repräsentanz ausbauen. Dazu gehören neben der Partei der Demokratischen Revolution (*Partido de la Revolución Democrática* – PRD) auch die Arbeiterpartei (*Partido del Trabajo* – PT) und die Bürgerbewegung (*Movimiento Ciudadano*). Gemeinsam stellen sie im neuen Abgeordnetenhaus sogar die zweitstärkste Kraft; die konservative PAN musste hingegen einen heftigen Aderlass hinnehmen. Mit der Partei der Neuen Allianz (*Partido Nueva Alianza* – PANAL), dem politischen Arm der umstrittenen Vorsitzenden der Lehrgewerkschaft, Elba Esther Gordillo, etablierte sich eine weitere politische Kraft, die zukünftig bei vielen Entscheidungen auf parlamentarischer Ebene das Zünglein an der Waage spielen kann.

Was ist von der »neuen PRI« zu erwarten?

Noch in der Wahlnacht betonte Enrique Peña Nieto, für ihn und die PRI gebe es »kein Zurück in die Vergangenheit« – und bezog sich dabei auf die von Autoritarismus, Korruption und Klientelwirtschaft überschattete hegemoniale Herrschaft der Partei bis Ende des 20. Jahrhunderts. Immer wieder stellt er sich als Vertreter einer Generation von PRI-PolitikerInnen dar, die in der Demokratie aufgewachsen ist und sich dieser verpflichtet fühle. Nicht mit einem scharfen ideologischen Profil, sondern mit »pragmatischem Realismus« will er regieren. Obwohl er seine Wahl zum Präsidenten Mexikos als Votum für den Wandel bezeichnet – und in der Tat hatten sich vor den Wahlen über 70 Prozent der Wahlberechtigten für einen Wandel ausgesprochen – strebt er keinen grundlegenden Kurswechsel in den zentralen Politikfeldern Wirtschaft und öffentliche Sicherheit an.

Die PAN interpretierte das Wahlergebnis dann auch so, dass die PRI zwar ihren Kandidaten durchgesetzt habe, die PAN aber ihre Agenda. Und vieles deutet darauf hin, dass Peña Nieto bei der Durchsetzung wichtiger Strukturformen eher auf Unterstützung durch das konservative Lager als auf die Linken setzen wird. Dies gilt sowohl für die überfällige Steuerreform, als deren wesentliches Element die PRI die Anhebung und die Verallgemeinerung der Mehrwertsteuer sieht, als auch für die Reform des Energiesektors, bei der die Linken eine von der PRI befürwortete Öffnung des staatlichen Erdölkonzerns PEMEX für privates Kapital strikt ablehnen. Eine erste Probe des »Reformpaktes« zwischen PRI und PAN zeichnete sich gleich zu Beginn der neuen Legislaturperiode bei der noch von Calderón als »*iniciativa*

preferencial« eingebrachten Reform des Arbeitsrechts ab. Die darin enthaltenen Elemente einer Flexibilisierung wurden bei der Beratung im Parlament Ende September von der PRI weitgehend mitgetragen, während sie die im Entwurf enthaltenen Abschnitte über eine Demokratisierung der Gewerkschaften herausstrich. Als Operateure der notwendigen Kompromisse im Kongress wirken zwei Vertreter der »alten PRI«: Emilio Gamboa im Senat und Manlio Fabio Beltrones im Abgeordnetenhaus.

Auch im Kampf gegen die Organisierte Kriminalität ist eher Kontinuität zu erwarten als ein neuer strategischer Ansatz. Der Unterstellung, die PRI werde wie in der Vergangenheit die öffentliche Sicherheit durch Toleranz gegenüber den Kartellen erkaufen wollen, trat Peña Nieto vehement entgegen: Es werde »keinen Pakt und keinen Waffenstillstand« im Kampf gegen die kriminellen Banden geben. Den Einsatz des Militärs gegen die Kartelle will er zwar nicht unmittelbar beenden, ihn aber mittelfristig durch eine Stärkung der Polizeikräfte entbehrlieh machen. Bei dieser Aufgabe hat er sich die Beratung des ehemaligen kolumbianischen Polizeichefs Oscar Naranjo gesichert, der in vielen Kreisen als besonders erfolgreicher Verbrechensbekämpfer gilt.

Außenpolitisch hat sich die »neue PRI« vorgenommen, regional und international verlorenes Terrain sowie politisches Gewicht zurückzugewinnen. Dass sie dafür über das nötige erfahrene und qualifizierte Personal verfügt, kann als gesichert gelten. Offen ist jedoch, ob der neue Präsident die Umsetzung seiner Außenpolitik einer/m VertreterIn der alten, erfahrenen PRI-Generation anvertrauen oder auch in diesem Politikfeld einen Generationswechsel wagen wird. Ein diesbezüglicher Hinweis mag die Ernennung des jungen Ökonomen Emilio Lozoya Austin zum Koordinator für internationale Beziehungen in seinem »Übergangsteam« sein.

Mit einer Lateinamerikareise noch vor Amtsantritt signalisierte Peña Nieto, dass er den Beziehungen zu Lateinamerika wieder mehr Aufmerksamkeit widmen will. Regionale Sicherheit und wirtschaftliche Integration werden dabei die Schlüsselthemen sein. Mexikos kommender Präsident scheint, wie sein konservativer Vorgänger auch, in Lateinamerika gegen Protektionismus und für Freihandel werben zu wollen. Die erst kürzlich geschaffene Pazifik-Allianz (mit Chile, Kolumbien und Peru) begrüßt er als wichtiges Instrument, um den überregionalen Handel auszuweiten. Und auch in den Beziehungen

zu den USA sollen die zentralen Themen, Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und Migration, durch Gespräche über eine Vertiefung des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens (NAFTA) ergänzt werden.

Wie neu ist die »neue PRI« wirklich?

Die »neue PRI« ist zuallererst eine PRI mit neuen Gesichtern und jüngeren Akteuren in den vorderen Reihen. Schlüsselfiguren in Peña Nietos »Übergangsteam«, das die Übernahme der Regierungsgeschäfte vorbereiten soll, sind mit Luis Videgaray (44) als Hauptkoordinator und Miguel Osorio Chong (48) als Koordinator für den Dialog mit anderen politischen Kräften zwei PRI-Politiker, die in der Tat der jüngeren Generation angehören. Beide werden wohl auch wichtige Ämter im Kabinett Peña Nietos übernehmen. Diese neue Generation zeichnet der erkennbare Wille aus, etwas zu bewegen. Eine programmatische Erneuerung ist von ihr aber nicht zu erwarten, da hinter ihr weiterhin VertreterInnen der »alten PRI« stehen, insbesondere einflussreiche MitstreiterInnen des umstrittenen Ex-Präsidenten Carlos Salinas de Gortari (1988–1994) und seiner am Washington-Konsens orientierten Wirtschaftspolitik. Wie stark der Einfluss dieser alten Garde auf die neuen ProtagonistInnen sein wird, bleibt abzuwarten.

Das Gewicht der alten PRI zeigt sich deutlich in der Debatte um die Arbeitsrechtsreform, in der alle Regelungen zu innergewerkschaftlicher Demokratie und Transparenz auf Druck der korrupten korporativen Gewerkschaften blockiert werden. Diese verfügen noch immer über einflussreiche VertreterInnen in den PRI-Fraktionen von Senat und Abgeordnetenhaus, das den Gesetzentwurf ohne die vorgesehenen Demokratieklauseln verabschiedete. Dadurch bekam das Bild der »neuen PRI« bereits vor der Regierungsübernahme tiefe Kratzer. Der Einfluss der PRI-Dinosaurier könnte mittelfristig nur begrenzt werden, wenn die jüngere PRI-Generation sich tatsächlich aufmacht, die Partei zu erneuern und an die »modernen und demokratischen Zeiten« anzupassen, wie es Peña Nieto versprochen hat. Dazu müssten aber vor allem die traditionellen korporativen Strukturen in der Partei überwunden werden.

Eine weitere Probe für die Glaubwürdigkeit des »neuen Gesichts« der PRI werden ihre Reaktionen auf den sozialen Protest sein, der im Zuge der Strukturreformen zu erwarten ist. Peña Nietos Vorgeschichte lässt in dieser Hinsicht Zweifel aufkommen: Als Gouverneur des Bun-

des Landes México war er 2006 für einen brutalen Polizeieinsatz in der Gemeinde Atenco verantwortlich, den er bis heute trotz Kritik der nationalen Menschenrechtskommission verteidigt. Und als er im Wahlkampf Kritik von StudentInnen ausgesetzt war, reagierte die PRI zunächst mit ihrem hässlichen alten Gesicht und diffamierte die StudentInnen als professionelle Krawallmacher. Das empörte diese so sehr, dass sich daraus eine – unter dem Slogan »Yo Soy 132« bekannt gewordene – landesweite Bewegung für eine demokratische Erneuerung Mexikos entwickelte. Somit ist zu erwarten, dass diese junge Bewegung auf Dauer ein kritischer, bisweilen auch herausfordernder Begleiter der »neuen PRI« sein wird. Bisher haben Peña Nieto und seine MitstreiterInnen sich noch nicht darauf eingestellt.

Die Linke vor der Neuformierung

Während eine Parteireform für die PRI eine zwar erhoffte, aber noch ungewisse Option darstellt, ist sie für die Linke – und insbesondere für die PRD als größte und einflussreichste Partei im linken Spektrum – schlichtweg eine unausweichliche Notwendigkeit. Trotz des guten Wahlergebnisses – in absoluten Zahlen erreichte die Linke mit 15,8 Millionen WählerInnen das beste Ergebnis ihrer Geschichte und konnte junge, urbane und gut ausgebildete Schichten für sich gewinnen – traten schnell alte, durch die Wahlallianz nur notdürftig übertünchte Risse auf. Sie zeigten sich wie schon 2006 in der Frage, ob das Wahlergebnis anerkannt oder angefochten würde. Zwar folgten die moderaten Kräfte um den PRD-Vorsitzenden Jesús Zambrano und den scheidenden Bürgermeister von Mexiko-Stadt, Marcelo Ebrard, zunächst dem von López Obrador eingeschlagenen Weg der Wahlanfechtung, machten jedoch auch deutlich, dass sie einen Schiedspruch der Wahlbehörde nicht infrage stellen würden. Als diese die Anfechtungsklage abwies, erklärte López Obrador nur eine Woche später seinen Rückzug aus PRD und Linksallianz und kündigte an, die von ihm seit 2006 aufgebaute Bewegung der Nationalen Erneuerung (*Movimiento de Regeneración Nacional* – MORENA) in eine Partei umwandeln zu wollen. Auf einem nationalen Kongress von MORENA am Revolutionsfeiertag des 20. November soll dieser Schritt formell beschlossen werden.

Ein Teil der PRD sieht in dem Parteiaustritt López Obradors die Chance, die seit langem lähmende, programmatische und strategische »Schizophrenie« der Partei zu

überwinden: einerseits als Partei eines gegen die Institutionen gerichteten sozialen Protests, andererseits als Partei einer im institutionellen Rahmen agierenden Reformpolitik. Andere in der PRD befürchten hingegen eine Schwächung der Partei durch die Abwanderung eines Teils ihrer Mitglieder und ihrer Wählerschaft zu MORENA. Seit 1988 wäre sie die erste neue Linkspartei, die nicht aus der Fusion verschiedener Kräfte, sondern durch Fragmentierung entstehen würde. Um die »Einheit der Linken« zu wahren und in Zukunft ein Aufsplittern der Wählerbasis zu vermeiden, wollen diese Kräfte die PRD nach dem Vorbild der *Frente Amplio* in Uruguay umwandeln, wo unterschiedliche ideologische Strömungen auf Basis einer gemeinsamen politischen Plattform bei gleichzeitiger organisatorischer Unabhängigkeit kooperieren. Wichtige Fürsprecher eines solchen Modells, in das auch MORENA eingebunden werden soll, sind Marcelo Ebrard und der zum linken Parteiflügel zählende Senator Alejandro Encinas. Allerdings ist zweifelhaft, ob dadurch auf Dauer ein einheitliches Handeln garantiert werden kann. Wichtiger erscheint das Überwinden der vorherrschenden »Organisationskultur« der PRD, in der sektenartige Gruppierungen nur um Machtquoten und Posten streiten.

Zweifel an der Tragfähigkeit des Parteimodells *Frente* speisen sich zudem aus der Einschätzung, dass López Obrador mit der Umwandlung von MORENA in eine im Wahlregister eingeschriebene Partei lediglich eine erneute Präsidentschaftskandidatur (dann die dritte) im Jahr 2018 vorbereitet. Dafür werden die moderaten Kräfte in der PRD jedoch nicht ein weiteres Mal zu gewinnen sein. Deren profilierteste Persönlichkeit, der als Bürgermeister von Mexiko-Stadt sehr erfolgreiche Marcelo Ebrard, hat selbst bereits angekündigt, bei den nächsten Präsidentschaftswahlen für die Linke kandidieren zu wollen. In deutlicher Abgrenzung zu López Obrador will er dabei eine Linkspartei anführen, die sich nicht als Protestpartei versteht, sondern regieren will und dafür auch bereit ist, Kompromisse zur Mitte hin und Koalitionen mit anderen Parteien einzugehen.

Wohin der Zug der PRD gehen wird – sowohl organisatorisch als auch programmatisch – werden die ersten wichtigen Weichenstellungen beim für Anfang Dezember angekündigten »Neugründungskongress« zeigen. Trotz des guten Wahlergebnisses birgt ein »weiter wie bisher« die Gefahr, dass die Partei ins politische Abseits gerät und die Linke als historisch noch junge Kraft im politischen System Mexikos auch weiterhin nur eine Nebenrolle spielen wird.



Über den Autor

Dr. Thomas Manz ist Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Mexiko.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Lateinamerika und Karibik
Hiroshimastr. 17 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dörte Wollrad, Leiterin, Referat Lateinamerika und Karibik

Tel.: ++49-30-269-35-7484 | Fax: ++49-30-269-35-9253
<http://www.fes.de/lateinamerika>

Bestellungen/Kontakt:
info-lak@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-86498-331-3